sensnorm der Gesellschaft für die Tierethik ausschalten. Auch das nach Art. 14 Abs. 2 GG sozialpflichtige Eigentum gebietet zudem den tierethisch verantwortlichen Umgang, wie er beispielgebend durch betreute Taubenhäuser eingelöst wird. Zudem ist Nothilfe für Tiere nach §§ 16 OWiG, §§ 32, 34 StGB, § 323c StGB heute im Zeichen der neuen Verfassungslage bei zumutbarer und erforderlicher Hilfe als verpflichtende Strafnorm zu verstehen. Sie muss zu Gunsten der Tauben bedarfsgerecht und artgemäß geschehen: Die Tiere in Taubenhäusern zu betreuen, vermeidet das anhaltend erhebliche Leiden der Tauben und erzeugt zugleich – in praktischer Konkordanz – keine gesetzwidrige Infektionsgefahr, verhindert starke Verschmutzungen von Gebäuden und reduziert effizient die Taubenpopulation durch Eiaustausch.

Tierschützer dürfen daher nicht mit Bußgeldern verfolgt werden, wenn die Kommune selbst durch Untätigkeit dem Tierelend freien Lauf lässt und gerade dadurch die Nothilfe Einzelner in Form einer Taubenfütterung hervorruft. Dies wird auch in der Fachliteratur so gesehen.⁵³ Nach alledem gebührt der hohen Qualität der Verfassungsgüter, die für die humane Tierethik zu Gunsten der Hilfe für Tauben in Not stehen, eindeutig der Vorrang vor den Folgekosten des Aufwands für den Schutz des Eigentums. Solche Kosten sind ohnedies den Tierschützerinnen, die Tauben gegen das Verhungern artgerecht und bedarfsgerecht füttern, nicht zuzurechnen. Die Kommune darf also keinesfalls

den Rang der Tierethik durch Tauben-Fütterungsverbote missachten und muss mit den Tierschützern dem Tierelend entgegenwirken.⁵⁴ Nur dadurch wird der Verfassungsrang des Art. 20a GG für die Tiere rechtsstaatlich umgesetzt.

53) *Schönfelder*, NuR 2017, 26, 32; *Hirt/Maisack/Moritz*, TierSchG, 3. Aufl. 2016, Einf. Rdnr. 141; *Herzog*, JZ 2016, 190–19; *Iburg*, NuR 2004, 155f.

54) Für die Nothilfefähigkeit der Tiere auch *Perron*, in: Schönke-Schröder-Lenckner, StGB-Kommentar, 25. Aufl., § 32 Rdnr. 8 mit Bezug auf *Roxin*, der das Tier im Sinne des § 32 StGB (Notwehr) – wie nun auch das LG Magdeburg, Urt. v. 11.10.2017 – 28 Ns 182Js 32201/14 (74/17), ZUR 2018, 172–174 – als nothilfefähigen anderen einstuft. Übereinstimmend selbst im Revisionsverfahren zum zitierten Urteil des LG Magdeburg das OLG Naumburg, Urt. v. 22.2.2018 – 2 RV 157/17, das nur wegen Besonderheiten im Einzelfall entschied, bei den Angeklagten deren Willen zu verneinen, dass sie eine konkrete Gefahr nach § 32 StGB für Mastschweine in Kastenständen durch filmische Dokumentation durch eindeutig gesetzwidriger Verhältnisse hätten abwenden wollen, weil die Schweine wegen ihrer kurzen Lebensdauer davon keinen Nutzen mehr haben konnten, also nicht nothilfefähig waren. Das OLG Naumburg hat deshalb seine Bestätigung des Freispruchs auf Notstand nach § 34 StGB gestützt. Darauf gestützt war Nothilfe für Tiere nicht zu leugnen, weil Tierschutz jedenfalls als Rechtsgut der Allgemeinheit – zumal nach seiner Aufwertung zum Verfassungsrang – unbestreitbar nothilfefähig ist.

<https://doi.org/10.1007/s10357-021-3813-7>

Strafzumessung bei Tierschutzdelikten

Anmerkung zu LG Ulm, Urt. v. 19.2.2020 – 1 Ns 12 Js 19998/16

Johanna Hahn

© Der/die Autor(en) 2021. Dieser Artikel ist eine Open-Access-Publikation.

Gewerbliche Tierhalter stehen in Deutschland selten vor Gericht – jedenfalls vor Strafgerichten. Der Beitrag beleuchtet das Urteil des LG Ulm in einem Fall der Tierquälerei in der kommerziellen Tierhaltung und unterzieht dieses einer kritischen Würdigung. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Fragen gerichtet, die auch in künftigen ähnlichen Strafverfahren von Bedeutung sein werden: Wann greift § 17 Nr. 2 lit. a) TierSchG (rohe Tiermisshandlung) im Umfeld der gewerblichen Tierhaltung? Welchen Einfluss hat die Empörung der Öffentlichkeit über Tierschutzverstöße auf die Strafzumessung? Welche Wechselwirkung besteht zwischen Tierhaltungsverbot und unbedingter Freiheitsstrafe?

1. Einführung

Mit Urteil vom 19.2.2020 hat das LG Ulm das in der bundesdeutschen Justizgeschichte einmalige Urteil des AG Ulm vom 15.3.2019¹ aufgehoben. Erstmals war wegen Tierquälerei in der Massentierhaltung die Höchststrafe des § 17 TierSchG verhängt worden: Das AG hatte einen Schweinezüchter zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt.

Johanna Hahn,
Rechtsreferendarin im Bezirk des OLG Hamm,
und wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für deutsches
und ausländisches Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschafts-
und Medienstrafrecht (Prof. Dr. Elisa Hoven), Universität Leipzig,
Leipzig, Deutschland

Der Landwirt hatte von 2013 bis zur Entdeckung der Taten im Oktober 2016 seine Ställe bewusst stark überbelegt, um den finanziellen Ertrag zu steigern, und die Tiere nicht ausreichend versorgt. Nach den Urteilsfeststellungen hatte er seine Tiere einem Leben geprägt von „Krankheiten und Verletzungen, Durst, Hunger, Kannibalismus und Stress“ ausgesetzt. Die Schweine litten an der unzureichenden Trinkwasserversorgung, den gravierenden Hygienemängeln und der mit Ammoniak belasteten Luft, was zu zahlreichen schweren Erkrankungen mit erheblichen Schmerzen führte. Auf Grund der Haltungsbedingungen herrschte Kannibalismus unter den Tieren; insbesondere bissen sich viele Schweine gegenseitig die Schwänze und die Ohren ab. Die kranken und verletzten Tiere versorgte der Angeklagte nicht. Hunderte Schweine starben auf Grund der Haltungsbedingungen. Zwei Schweine erschlug der Angeklagte mit einem Vorschlaghammer. Das AG sah alle drei Varianten des § 17 TierSchG erfüllt: Tötung von Wirbeltieren ohne vernünftigen Grund (§ 17 Nr. 1), rohe Tiermisshandlung (§ 17 Nr. 2 lit. a) und Tierquälerei durch Zufügung länger anhaltender erheblicher Schmerzen oder Leiden (§ 17 Nr. 2 lit. b). Bei der Strafzumessung berücksichtigte es insbesondere die hohe Anzahl der gequälten Tiere (Tausende², davon starben mindestens

1) AG Ulm, Urt. v. 15.3.2019 – 1 Ls 12 Js 19998/16.

2) Die genaue Anzahl konnten die Gerichte nicht ermitteln; in den Urteilen beider Instanzen ist von einem jährlichen Bestand von über 4000 Schweinen in den Jahren 2013 bis 2016 die Rede.

800 in Folge der Haltungsbedingungen³⁾, den erheblichen Zeitraum (beinahe vier Jahre) und die Schwere der Tat.

Der Angeklagte legte Berufung ein, ebenso die Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Angeklagten (ungewöhnlich, aber durchaus vorgesehen, § 296 Abs. 2 StPO). Daraufhin hob das LG Ulm das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Wenn Tierschutzorganisationen dieses Urteils als „zu milde“ bezeichnen,⁴ nehmen sie wohl eine ethisch-moralische Beurteilung vor. Doch auch aus juristischer Sicht sind hinter dem Urteil einige Fragezeichen zu machen.

2. Rechtliche Erfassung des Geschehens

Das LG verurteilt den Angeklagten wegen Tötung von Wirbeltieren ohne vernünftigen Grund (§ 17 Nr. 1 TierSchG) und wegen Tierquälerei durch Zufügung länger anhaltender erheblicher Schmerzen oder Leiden (§ 17 Nr. 2 lit. b TierSchG). Unklar bleibt hingegen, warum das LG – anders als noch das AG – darüber hinaus keinen Fall des § 17 Nr. 2 lit. a) TierSchG annimmt: Tierquälerei aus Rohheit.

Freilich darf – und muss – die Berufungsinstanz eine eigenständige tatsächliche und rechtliche Würdigung vornehmen.⁵ Die Sachverhaltsfeststellungen des LG deuten aber stark auf ein rohes Verhalten hin. Ein solches setzt nicht voraus, dass der Täter ein Tier aus sadistischen Gründen quält.⁶ Aus Rohheit handelt der Täter dann, wenn er dem Tier aus einer gefühllosen, das Leiden des Tieres missachtenden Gesinnung heraus erhebliche Schmerzen und Leiden zufügt.⁷ Ihm sind die Leiden der Tiere gleichgültig, weil er seine Ziele durchsetzen will.⁸ Daher kommt auch bei einem Handeln mit wirtschaftlichen Zielen – wie hier bei der kommerziellen Tierhaltung – Rohheit in Betracht, namentlich dann, wenn der Täter dem Tier mehr als für diesen verfolgten Zweck nötige Schmerzen und Leiden zufügt.⁹ Dass den Schweinen hier weitaus mehr als die in der gewerblichen Tierhaltung unvermeidlichen Schmerzen und Leiden bereitet wurde, braucht nicht gesondert erörtert werden. Die allgemeine Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit des Angeklagten gegenüber dem Tierleid liegt – auch nach den Feststellungen des LG – nahe: Nicht nur erkannte der Angeklagte das enorme Leid der Tiere und unternahm nichts, um dieses zu beenden – oder auch nur zu mildern. Die Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit zeigt sich darin, dass er sehenden Auges wieder und wieder neue Schweine hinzukaufte und sich damit unter Missachtung des tierischen Leidens entschied, noch mehr Tiere einem Leben unter desolaten Haltungsbedingungen auszusetzen. Daher verwundert, dass das Berufungsgericht die rohe Tiermisshandlung nicht einmal erörtert.

Noch erstaunlicher ist dieser Umstand angesichts der Tatsache, dass das LG dem Angeklagten im Urteil „eine rohe Grundeinstellung bei der Tierhaltung“ attestiert und diesen Umstand bei der Strafzumessung berücksichtigt. Dann hätte es aber bereits den Tatbestand des § 17 Nr. 2 lit. a) TierSchG bejahen, zumindest jedoch erörtern müssen. Diese Würdigung ist ebenso rechtsfehlerhaft, als würde ein Gericht eine grausame Tötung nicht als Mord, sondern als Totschlag einordnen, bei dem die Grausamkeit lediglich strafschärfend berücksichtigt wird.

3. Strafzumessung

Bemerkenswert sind zudem einige Erwägungen, die das Gericht im Rahmen der Strafzumessung und der Strafaussetzung zur Bewährung anstellt – und einige, die es wiederum nicht anstellt.

3.1 Geständnis

So wird zu Gunsten des Angeklagten sein „umfassendes Geständnis“ berücksichtigt. Dabei bleibt allerdings unerwähnt, dass – jedenfalls mit Blick auf das objektive Unrecht – bereits

eine erdrückende Beweislage bestand. Video- und Bildaufnahmen einer Tierschutzorganisation zeigten die Haltungsbedingungen in den Jahren 2014 und 2016; auf einem Video war der Angeklagte zu sehen, wie er die zwei Schweine mit dem Vorschlaghammer erschlug. Die Aufnahmen waren verwertbar und wurden in der Beweiswürdigung berücksichtigt. Die Amtsveterinäre, die den Betrieb auflösten, konnten ohne Weiteres erkennen, ob der Zustand der Tiere auf einer längerfristigen Vernachlässigung durch den Tierhalter beruht. Im Hinblick auf das objektive Unrecht trug das Geständnis angesichts dieser Beweislage allenfalls mäßig zur Sachverhaltsaufklärung bei.¹⁰ Auch stellt das LG nicht fest, ob der Angeklagte das Geständnis in erster Linie aus Reue und Schuldeinsicht¹¹ abgegeben hat. Daher kann ihm nur begrenzt eine mildernde Wirkung zukommen.¹²

3.2 Folgen der Tat für den Täter

Das Gericht zeichnet ein wenig stimmiges Bild von den sozialen Folgen der Tat für den Angeklagten, die es strafmildernd berücksichtigt. Der „früher gesellige“ Angeklagte habe sich seit der Aufdeckung der Tat „aus dem Dorfleben zurückgezogen“. Doch zuvor hatte das LG im Hinblick auf die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten festgestellt, dass dieser sich bereits 2012 nach einem Brandereignis „aus dem Dorfleben zurück[zog] und isolierte“.

Zudem berücksichtigt das Gericht strafmildernd – und im Rahmen der Strafaussetzung zur Bewährung –, dass die „öffentliche Anprangerung und Verurteilung des Angeklagten immens“ gewesen sei. Demonstranten hätten an den beiden Verhandlungstagen vor dem Gerichtsgebäude eine unbedingte Freiheitsstrafe gefordert. Das Gericht zitiert einige der Plakate: „Gefängnis für den Tierquäler“, „Tierquäler hinter Gitter“, „Bewährungsstrafe = Legitimation für Tierquäler, Haftstrafe = Kampfansage an Tierquäler“. In Internetveröffentlichungen sei zu lesen gewesen: „jetzt kommt das Schwein in den Knast“. Dies wirke sich mildernd aus.

Diese rechtliche Würdigung des LG ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Zum einen würden Täter, die auf Grund ihrer Rohheit und des Ausmaßes ihrer Taten – berechnete – öffentliche Empörung hervorrufen, unverdient privilegiert. Wer besonders verwerflich handelt und dadurch eine starke öffentliche Missbilligung auslöst, kann nach dieser Logik mit einer Strafmilderung rechnen.

- 3) Bei der Berechnung dieser Zahl hatten die Gerichte bereits berücksichtigt, dass eine Todesrate von 7 % in einem Schweinemastbetrieb der Massentierhaltung noch als „normal“ angesehen werden könne und nur die über diese Sterberate hinausgehenden Tode erfasst.
- 4) Süddeutsche Zeitung vom 19. 2. 2020, Stand 1. 7. 2020, abrufbar unter <https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-ulm-berufungsverfahren-nur-noch-bewahrungsstrafe-fuer-tierquaerler-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200218-99-967427>.
- 5) OLG Köln, Beschl. v. 28. 3. 2018 – III-1 RVs 51/18; KG Berlin, Beschl. v. 28. 5. 1997 – 1 AR 518/95 – 4 Ws 76/97; Paul, in: Karlsruher Kommentar zur StPO, 8. Aufl. 2019, § 328 Rdnr. 8.
- 6) Bülte, NJW 2019, 19, 21.
- 7) Hirt/Maisack/Moritz, Tierschutzgesetz Kommentar, 3. Aufl. 2016, § 17 Rdnr. 151; Pfohl, in: MüKo, StGB, 3. Aufl. 2018, TierSchG § 17 Rdnr. 77; vgl. BGH, Urt. v. 6. 6. 1952 – 1 StR 708/51.
- 8) Bülte NJW 2019, 19, 21; Hirt/Maisack/Moritz, Tierschutzgesetz Kommentar, 3. Aufl. 2016, § 17 Rdnr. 151.
- 9) BayObLG, Beschl. v. 27. 2. 1974 – 4 St 13/74; Bülte, NJW 2019, 19, 21 f.; vgl. auch OLG Hamm, Urt. v. 27. 2. 1985 – 4 Ss 16/85; Metzger, in: Erbs/Kohlhaas, Kommentar zu strafrechtlichen Nebengesetzen, 229. EL 2020, TierSchG § 17 Rdnr. 26; Pfohl, in: MüKo, StGB, 3. Aufl. 2018, TierSchG § 17 Rdnr. 79.
- 10) Vgl. Brögelmann, JuS 2002, 1005, 1006.
- 11) BGH, Beschl. v. 8. 5. 2007 – 1 StR 193/07; Kinzig, in: Schönke/Schröder, StGB, 30. Aufl. 2019, § 46 Rdnr. 41b.
- 12) Vgl. BGH, Beschl. v. 3. 12. 1998 – 4 StR 606/98; Detter, NStZ 1999, 494, 497.

Zum anderen aber hat nach dem BGH eine öffentlichkeitswirksame Berichterstattung für die Strafbemessung regelmäßig keine wesentliche Bedeutung;¹³ nichts anderes kann dann für eine sonstige Reaktion der Öffentlichkeit gelten. Diese wirkt sich nur dann mildernd aus, wenn sie – erstens – weit über das hinausgeht, was jeder Straftäter über sich ergehen lassen muss, dessen Fall in das Licht der Öffentlichkeit gerät und – zweitens – wenn sie mit einer ganz erheblichen seelischen Belastung für den Angeklagten, die belegt sein muss, verbunden war.¹⁴ Zum ersten Punkt enthält das Urteil kaum, zum zweiten keinerlei Feststellungen.

Statt einem Anlass für eine Strafmilderung hätte die Reaktion der Öffentlichkeit (und die breite Berichterstattung zu dem Fall in seriösen Medien¹⁵) für das Gericht vielmehr ein Hinweis sein können, dass Tierschutzverstöße von der Gesellschaft zunehmend ernster genommen werden – und auch die Justiz das tun sollte.

3.3 Generalprävention

Weder bei der Strafzumessung noch bei Aussetzung der Strafe zur Bewährung lässt das LG Aspekte der positiven oder negativen Generalprävention einfließen. Dabei ist die Berücksichtigung der Generalprävention – auch der negativen – in der Rechtsprechung anerkannt.¹⁶ Zwar darf zur Abschreckung anderer Täter keine höhere als die schuldangemessene Strafe verhängt werden.¹⁷ Doch können generalpräventive Aspekte dazu führen, dass das Gericht innerhalb des Schuldangemessenen eine höhere oder die höchste Strafe wählt.¹⁸ Dies kann etwa dann erfolgen, wenn eine „gemeinschaftsgefährliche Zunahme solcher oder ähnlicher Straftaten“ vorliegt. Dazu hatte die erste Instanz ausführlich Feststellungen getroffen und zutreffend darauf hingewiesen, dass im Tierschutzstrafrecht ein erhebliches Vollzugsdefizit besteht.¹⁹ Im Berufungsurteil ist von alledem keine Rede.

3.4 Aussetzung der Strafe zur Bewährung

Die fehlende Auseinandersetzung mit Fragen der positiven Generalprävention führt dann wiederum dazu, dass § 56 Abs. 3 StGB, der die Strafaussetzung zur Bewährung verweigert, wenn die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Freiheitsstrafe gebietet, nicht erörtert wird. Doch auch nach dem Vorgehen des LG müssten bei einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr – hier wurden zwei Jahre verhängt – für eine Strafaussetzung zur Bewährung „besondere“ Umstände i. S. d. § 56 Abs. 2 S. 1 StGB bestehen. Diese müssen von erheblichem Gewicht sein und sich von den durchschnittlichen Strafmilderungsgründen abheben.²⁰

Wenig überzeugend begründet das LG die Aussetzung der Strafe zur Bewährung etwa zum einen mit der folgenden Ausführung: „Beim Angeklagten besteht eine günstige Kriminalprognose, § 56 Abs. 1 StGB. Seit der Aufdeckung der Tat im Oktober 2016 ist er nicht mehr mit Straftaten aufgefallen.“ Darin kann hier freilich keine besondere Leistung gesehen werden. Der Schweinemastbetrieb des Angeklagten war im Dezember 2016 vollständig aufgelöst worden. Zudem befand sich der Angeklagte nach den Feststellungen des LG vom 14. 10. 2016 bis zum 3. 1. 2017 stationär in einer Klinik – also bereits drei Tage nachdem die Tierschutzverstöße bei Kontrollen aufgedeckt wurden. Beruht die günstige Prognose des LG also darauf, dass der Angeklagte an den zwei Tagen zwischen Aufdeckung der Tat und Aufnahme in die Klinik keine weiteren Tierschutzverstöße²¹ beging?

Neben den oben erwähnten Punkten (Ausgrenzung und öffentliche Aufmerksamkeit) führt das LG weiterhin für die Strafaussetzung zur Bewährung folgende Punkte an: Der geständige und nicht vorbestrafte Angeklagte habe seine Schweinezucht und seine eigene landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben (von „aufgeben“ kann hier allerdings keine Rede sein, schließlich wurde der Schweinemastbetrieb von der Veterinärbehörde aufgelöst). Er erhalte im Urteil ein lebenslan-

ges Tierhaltungs- und -betreuungsverbot [und] sei wegen seiner depressiven Erkrankung als erwerbsunfähig in Rente.

Mit einer solchen Begründung für eine Strafaussetzung zur Bewährung wäre es allerdings kaum jemals möglich, die Strafe zu vollstrecken. Wie schon bei der mildernden Berücksichtigung der öffentlichen Reaktion würden besonders schwerwiegende Taten privilegiert. Denn einerseits: Je größer das begangene Unrecht und die Schuld des Angeklagten, desto höher die Strafe und desto eher ist eine unbedingte Freiheitsstrafe indiziert. Wer seine Tiere besonders lange, besonders schwer und aus besonders verwerflicher Gesinnung hat leiden lassen, verdient eine höhere Strafe, sodass für die Aussetzung zur Bewährung dann nach § 56 Abs. 2 S. 1 StGB „besondere“ Gründe erfordert. Gerade diese außergewöhnlich schwerwiegenden Fälle führen aber zu den vom LG angeführten rechtlichen Folgen: die Auflösung des Betriebs und ein umfassendes Tierhaltungs- und Betreuungsverbot. Eine unbedingte Freiheitsstrafe wäre in den seltensten Fällen möglich – zumal kaum Konstellationen zu finden sein werden, in denen noch massivere und länger andauernde Verstöße als hier begangen wurden.

4. Fazit und Ausblick

Das Urteil ist eines der wenigen strafgerichtlichen Urteile, die im Bereich der Massentierhaltung existieren. Es ist daher – bedauerlicherweise – bereits ein großer Schritt, dass es überhaupt zu dem Verfahren kam. Gleichzeitig demonstriert das Urteil, dass im Bereich des Tierschutzstrafrechts noch einiges zu tun ist. Es offenbart zum einen das Versagen staatlicher Kontrollen. Das Urteil zeigt zum anderen aber auch, dass Gerichte (und Staatsanwaltschaften) im Rahmen der Strafzumessung bei Verstößen gegen Tierschutzrecht selbst bei schwerwiegenden Fällen eher zaghaft vorgehen. Es bleibt zu hoffen, dass weitere Staatsanwaltschaften den Mut haben, Tierschutzverstöße anzuklagen und dass die Gerichte diese ebenso konsequent ahnden wie andere Straftaten.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wieder-

13) BGH, Beschl. v. 30. 3. 2011 – 4 StR 42/11.

14) BGH, Urt. v. 23. 8. 2018 – 3 StR 149/18; BGH, Urt. v. 7. 9. 2016 – 1 StR 154/16; BGH, Beschl. v. 30. 3. 2011 – 4 StR 42/11; *Miebach/Maier*, in: MüKo, StGB, 3. Aufl. 2016, § 46 Rdnr. 227.

15) Süddeutsche Zeitung v. 15. 3. 2019, Stand 1. 7. 2020, abrufbar unter <https://www.sueddeutsche.de/panorama/prozesse-ulm-dreijahre-gefaengnis-fuer-schweinezuechter-wegen-tierquaelerei-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190315-99-403735>; ZEIT online v. 16. 3. 2019, Stand 1. 7. 2020, abrufbar unter <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-03/ulm-tierquaelerei-schweinezuechter-merklungen-massentierhaltung-urteil>.

16) BGH, Beschl. v. 8. 5. 2008 – 3 StR 150/08; BGH, Beschl. v. 11. 8. 1982 – 2 StR 438/82; BGH, Urt. v. 6. 5. 1954 – 3 StR 162/54. Die Berücksichtigung der positiven Generalprävention ist auch in der Literatur anerkannt, siehe dazu nur *Kinzig*, in: Schönke/Schröder, StGB, 30. Aufl. 2019, § 46 Rdnr. 5 m. w. N.

17) BGH, Beschl. v. 21. 7. 1983; *Schäfer/Sander/Gemmeren*, Praxis der Strafzumessung, 6. Aufl. 2017, Rdnr. 840.

18) BGH, Beschl. v. 25. 1. 2018 – 3 StR 613/17; BGH, Urt. v. 10. 11. 1954 – 5 StR 476/54.

19) Siehe dazu Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015, S. 250 ff., S. 78; *Bülte*, NJW 2019, 19; *Pfohl*, in: MüKo, StGB, 3. Aufl. 2018, TierSchG § 17 Rdnr. 9.

20) Zu diesen Voraussetzungen BGH, Beschl. v. 13. 10. 2015 – 1 StR 416/15; BGH, Beschl. v. 18. 8. 2009 – 5 StR 257/09.

21) Das LG hat daher wohl insbesondere berücksichtigt, ob der Angeklagte nach Entdeckung der Tat noch überhaupt Straftaten begangen hat – unabhängig davon, ob es sich um Tierschutzverstöße oder andere Delikte handelt.

gabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons

Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Lebensmittelverluste als Governance- und Rechtsproblem

Beatrice Garske/Katharine Heyl/Felix Ekardt/Lea Moana Weber/Wiktoria Gradzka*

© Springer-Verlag GmbH Deutschland, ein Teil von Springer Nature 2021

Die auf allen Ebenen von Produktion und Verbrauch anzutreffenden hohen Lebensmittelverluste stehen für eine Ressourcenverschwendung und unnötige Umweltbelastung, die gleichzeitig das Ziel der globalen Ernährungssicherung unterminiert. Reduziert man sie, minimiert man die Probleme speziell der Landwirtschaft für Klima, Biodiversität, Böden, Gewässer oder Luft. Der vorliegende Beitrag liefert für diesen bislang kaum erforschten Bereich eine kritische Analyse der Steuerungswirkung des bestehenden, für Lebensmittelabfälle und deren Reduktion relevanten EU-Rechts, insbesondere des novellierten Kreislaufwirtschaftsrechts, der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Gemeinsamen Fischereipolitik und des Lebensmittelrechts. Dem vorangestellt wird eine kritische Analyse der auch von amtlicher Seite recht diffusen empirischen Erfassung des Phänomens Lebensmittelverluste. Zuletzt werden wirksame Regelungsoptionen entwickelt mit einem Fokus auf ökonomische Instrumente. Letzteres ist geprägt von der Einsicht, dass speziell eine Mengensteuerung für ohnehin diverse Umweltprobleme antreibende Faktoren wie fossile Brennstoffe, Tierhaltung oder Pestizide durch den Effekt einer schrittweisen und drastischen Preissteigerung Lebensmittelverluste drastisch reduzieren könnte.

1. Empirische Problemanalyse als Basis der Rechtsanalyse

Während Mangelernährung und Hunger vielerorts noch immer eine große Rolle spielen, besagen Studienergebnisse, dass weggeworfene Lebensmittel – vom Acker bis zum Endverbraucher betrachtet – weitaus mehr Menschen ernähren könnten als jene, die momentan unter Hunger leiden.¹ Wenn wesentliche Teile der Lebensmittelproduk-

tion ungenutzt bleiben, so treibt diese Ineffizienz zudem die zahlreichen Umweltprobleme der Landwirtschaft wie Treibhausgasemissionen, Biodiversitätsverluste oder Luftschadstoffe enorm an. Gleichzeitig erschwert die Komplexität der Thematik die halbwegs exakte Erfassung von Lebensmittelverlusten. Dieser Beitrag bietet eine kritische Analyse zunächst zur weithin unklaren und selten klar betrachteten empirischen Basis, ohne die über Recht und Governance nicht sinnvoll geredet werden kann, und sodann des bisherigen EU-Rechtsinstrumentariums zu Lebensmittelverlusten. Am Ende werden dabei auch optimierende Regelungsvorschläge entwickelt.

1.1 Lebensmittelverluste, Ressourcenverschwendung und Treibhausgasemissionen

Mit dem Verlust bzw. dem Wegwerfen von Lebensmitteln werden all jene Ressourcen- und Senken-Inanspruchnahmen, die zur Produktion der Lebensmittel, ihrer Verarbeitung, ihren Transport etc. aufgewendet wurden, nutzlos. Neben der Herausforderung, Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung sicherzustellen², betrifft dies den Kontext weitreichender, miteinander verknüpfter Umweltprobleme, etwa den mit der Lebensmittelproduktion einhergehenden Einsatz von fruchtbaren Böden, Düngemitteln, Energie und Wasser sowie die Freisetzung von Treibhausgasen.³ Gleichzeitig wird immer mehr Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung in Anspruch ge-

Dr. agr. Beatrice Garske, M.Sc., LL.M.,
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
Leipzig, Deutschland

Katharine Heyl, M.A.,
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
(Leipzig/Berlin) und Universität Rostock,
Rostock, Deutschland

Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A.,
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
Leipzig, Deutschland

Lea Moana Weber, stud. jur.,
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
Leipzig, Deutschland

Wiktoria Gradzka, BA,
Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik,
Leipzig, Deutschland

* Die Autor/innen danken dem BMBF für die langjährige Förderung des BonaRes-Projektes InnoSoilPhos (No. 031B0509A) sowie dem Leibniz WissenschaftsCampus Phosphorforschung Rostock.

1) Vgl. Kummu u. a., Sci Total Environ 2012, 477.

2) Vgl. Kummu u. a., Sci Total Environ 2012; Entschließung des Europäischen Parlaments v. 19.1.2012, Schluss mit der Verschwendung von Lebensmitteln – Strategien für eine effizientere Lebensmittelversorgungskette in der EU (2011/2175(INI)), (2013/C 227 E/05); FAO, The State of Food and Agriculture 2019. Moving forward on food loss and waste reduction, 2019, S. 90; kritisch hierzu Chaboud/Daviron, Global Food Secur 2017, 1.

3) Vgl. FAO, Food wastage footprint: Impacts on natural resources, 2013; Östergren u. a., FUSIONS Definitional Framework for Food Waste, 2014, S. 49–55; Scherhauser u. a., Waste Management, 2018, 98; UBA, Daten zur Umwelt. Umwelt und Landwirtschaft, 2018, S. 148; Ekardt, Sustainability: Transformation, Governance, Ethics, Law, 2019; Garske, Ordnungsrechtliche und ökonomische Instrumente der Phosphor-Governance. Unter Berücksichtigung der Wirkungen auf Böden, Gewässer, Biodiversität und Klima, 2020.